



POSITIONSPAPIER

# Kommunen und Regionen fit machen für das digitale Zeitalter

Die Regionalkonferenzen „Digitale Agenda für  
Kommunen und Regionen“

Stand: November 2016

## Kommunen und Regionen fit machen für das digitale Zeitalter

**Die Regionalkonferenzen „Digitale Agenda für Kommunen und Regionen“ sind Teil der Plattform „Digitale Verwaltung und öffentliche IT“ des Nationalen IT-Gipfels**

„**Digital geht nicht mehr weg**“ – dieser einfache Satz bringt es auf den Punkt: Die Digitalisierung hat alle Lebensbereiche erreicht: Wirtschaften und Arbeiten, Wohnen und Einkaufen, Freizeit und Bildung und nicht zuletzt Politik und Verwaltung.

Digitalisierte Prozesse sind in Kommunen schon heute das Nervensystem der kommunalen Entwicklung und Daseinsvorsorge. Ohne IT funktionieren weder Stadtreinigung, Energieversorgung, Schulen, Verkehr, Lebensmittelversorgung noch die allgemeine Verwaltung. Zunehmend wird die digitale Qualität einer Kommune auch zum entscheidenden Standortfaktor im Wettbewerb um Einwohner und Unternehmen.

Die Kommunen müssen daher rechtzeitig eine digitale Agenda, sprich einen Umsetzungsplan für ihre Digitalisierungsstrategie beschließen. Und zwar im Dialog mit Bürgern, örtlichen Organisationen und der Wirtschaft. Im Kern geht es um ganzheitliche Kommunalentwicklungs- und Infrastrukturpolitik. Erforderlich hierfür ist ein Perspektivenwechsel von einer auf Verwaltung zentrierten Perspektive hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung der Digitalisierung in Gemeinwesen mit den Teilbereichen E-Government und Verwaltungsmodernisierung. Um diesen Veränderungsprozess auf kommunaler und regionaler Ebene zu unterstützen, fanden Regionalkonferenzen in Stuttgart, Delmenhorst, Köln, Frankenthal, Kiel, Brehna, Schwerte, München und Saarbrücken statt.

### **Regionale Ergebnisse**

› Die Konferenz in **Stuttgart** hat gezeigt, wie gut Veranstaltungen für eine Vergemeinschaftung von Kommunen in der Region geeignet sind: Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden haben die Kreise in Baden-Württemberg inzwischen mit dem Landkreistag ein Papier zum digitalen Wandel erarbeitet. Thematische Schwerpunkte der Konferenz waren Betrachtungen über das notwendige Miteinander zwischen Land und Kommunen, wirtschaftsorientiertes E-Government und die elektronische Akte. Es zeigte sich dabei, dass Kommunen wichtige Ratgeber für Länder und Bund bei der Gestaltung

des digitalen Wandels sind, denn sie kennen die Anforderungen an die konkrete Umsetzung vor Ort: „Wer Kommunen fragt, lernt was dazu“.

› In **Köln** fand die Regionalkonferenz für den Erprobungsraum Rheinland statt. Die Teilnehmenden diskutierten zentrale Themen der digitalen Agenda. Schwerpunkte waren die digitale Verwaltung, digitale Wirtschaft, Mobilität und digitale Bildung. Dabei kann die Digitalisierung der Verwaltung auf bereits Erreichtem aufsetzen. Besonders auf kommunaler Ebene gibt es schon zahlreiche E-Services, Infrastrukturen und optimierte Prozesse. Zentrale Forderungen aus Köln sind: Die digitale Verwaltung muss bürgernah sein, digitale Angebote müssen einfach zu bedienen sein, das heißt vom Look-and Feel, der Bedienbarkeit und der Zugänglichkeit mit der digitalen Lebenswirklichkeit entsprechen. Digitale Verwaltungsangebote werden nur genutzt, wenn sie beworben und bekannt gemacht werden und einen eindeutigen Nutzen, eine spürbare Verbesserung an Komfort und Lebensqualität bieten. Dazu gehört, dass sie Lebenslagen, komplette Wertschöpfungsketten abbilden und mobil erreichbar sind.

Besonders am Beispiel der digitalen Bildung wurde deutlich, dass die klassische Aufgabenteilung zwischen Kommune und Land zu überwinden und eine neue Verteilung der finanziellen Lasten zwischen Land und Kommune zu finden sind. Notwendig sind standardisierte, professionelle, sichere, anforderungsgerechte und performante Informations- und Kommunikationstechnikinfrastrukturen. Kommunen müssen gemeinsam mit ihren Schulen Strategien für digitale Bildungsinfrastrukturen entwickeln. Besonders wichtig erscheint die Vernetzung aller am Bildungsprozess Beteiligten. Auf lokaler und regionaler Ebene müssen Bildungslandschaften entstehen mit allen aktiven Bildungsträgern – auch mit den Bibliotheken.

› Die Regionalkonferenzen in Delmenhorst und Frankenthal waren in die Entwicklung und Planungen der Erprobungsräume Nord-West und Rhein-Neckar eingebunden. Wie kann eine smarte, digitale Region und smarte Verwaltung aussehen? In **Delmenhorst** haben sich die Teilnehmenden in Kreativ-Gruppen Gedanken darüber gemacht, wie digitale Lebensräume mit einem Multistakeholder-Ansatz zu organisieren gilt. Auch hier spielte die digitale Bildung eine herausragende Rolle: Schule wurde mit digitalen Werkzeugen quasi neu gedacht. Die Darstellung der Projekte und Ideen im Erprobungsraum verdeutlichte, wie anschlussfähig die entwickelten Ideen sind. Im Nachgang zur Konferenz hat es ein Treffen gegeben, in dem Kommunale Spitzen sich mit TOP20 Unternehmen zum digitalen Wandel in der Region ausgetauscht haben.

› In **Frankenthal** wurde aufbauend auf den Erfolgsprojekten der Metropolregion intensiv über die Notwendigkeit der Kooperation in der Region und im fö-

deralen System diskutiert. Kommunen haben Gestaltungsräume, die sie nutzen sollten, um die Potenziale der Digitalisierung für das Gemeinwesen zu erschließen. Notwendig ist eine vernetzte Zusammenarbeit, um bei E-Government-Projekten Redundanzen zu vermeiden und Synergien zu schaffen. Gerade Experimentierklauseln können innovative Lösungen ermöglichen. Die Strategie einer kommunalen Digitalen Agenda muss mit operativen Projekten unterlegt werden, damit wirksames E-Government entsteht. Herzstücke der Digitalisierung sind dabei E-Akte, E-Rechnung und E-Payment.

› Die Regionalkonferenz in **Kiel** befasste sich vor allem mit der Digitalisierung im ländlichen Raum. Land, Kommunen und Wirtschaft diskutierten anhand von kommunalen Best-Practice-Beispielen, wie die Digitalisierung weiter ausgestaltet werden kann. Die Akteure stellten Bausteine einer Digitalen Agenda vor – vom Breitbandausbau über die Bereitstellung von IT-Bausteinen für „Government as a Service“ bis hin zur Bildungspolitik – und betonten die Bedeutung der Vernetzung zwischen Land und Kommunen. Die soeben veröffentlichte E-Government-Strategie des Landes enthält entsprechend zahlreiche Aussagen zur Organisation des Miteinanders, in denen auch die bedeutende Rolle der IT-Dienstleister explizit genannt ist.

› „Es gibt kein Bleiberecht in der analogen Vergangenheit“ und „Wir müssen nur wollen wollen“ – so brachte es die Konferenz in **Brehna**, Sachsen-Anhalt, auf den Punkt. Interkommunale Kooperationen in Sachsen-Anhalt und Sachsen befördern den Digitalisierungsprozess im kommunalen Raum, müssen nach einhelliger Meinung aber weiter ausgebaut werden. Schließlich soll nicht allein E-Government, sondern die digitale Gesellschaft insgesamt vorangebracht werden. Es wurden deutliche Forderungen an die Landesebene artikuliert, die kommunale Entwicklung zu unterstützen und die interkommunale Vernetzung zu verstärken.

› In **Schwerte** fasste Detmolds Bürgermeister Heller die unübersichtliche Situation zusammen „Die PS müssen endlich auf die Straße gebracht werden“ Gemeinsam mit vielen westfälischen Hauptverwaltungsbeamten begrüßte er die Regionalkonferenz, die Vitako gemeinsam mit den kommunalen IT-Dienstleistern aus Hemer, Lemgo, Paderborn, Recklinghausen und Siegen ausrichtete. Der Bürgermeister von Arnsberg Vogel begründete seine Teilnahme treffend mit: „Jetzt geht es nicht mehr um Technik, sondern um Themen und Inhalte – um Politik“. Drei Schwerpunkte für eine lokale „Digitale Agenda“ wurden herausgearbeitet. „Bildung“, „Infrastruktur“ und „Arbeit“ sind anhand der örtlichen Gegebenheiten ins Zentrum der Umsetzung zu stellen. Teilhabe von Geflüchteten ist dabei ebenso zu berücksichtigen wie im ersten Schritt die Einführung der elektronischen Akte. Die Regionalkonferenz in Schwerte ist die Grundlage, um auch in den kommenden Jahren durch Kooperation und Erfah-

rungsaustausch, durch Diskussion und die Nutzung von Synergien Politik und Verwaltung dabei zu unterstützen, gleiche Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen. Begann die Regionalkonferenz mit dem Blick auf New York, Groß-London und die Metropolregion um Köln, war zum Ausklang der Tagung die Perspektive für Lügde, Kirchhündem und Meschede eröffnet. Und eine Folgekonferenz wird bereits angefragt.

› Die Regionalkonferenz in **München** – eingebettet in das 2. AKDB Kommunalforum 2016 mit etwa 900 Besuchern - hatte das Motto „Digitale Verwaltung: sicher und serviceorientiert“. Hervorgehoben wurde die enorme Bedeutung der kommunalen IT für die Aufgaben der Kommunen. Sowohl das kommunale Tagesgeschäft als auch außergewöhnliche Herausforderungen wie die Bewältigung der Flüchtlingskrise erforderten effiziente und innovative IT-Lösungen. Dies wurde am Beispiel des bayernweiten und Ebenen übergreifenden Bürgerkontos illustriert, das einen hervorragenden Bürgerservice rund um die Uhr bietet, wie verschiedene Entscheider aus dem kommunalen und dem Landesbereich betonten. Als entscheidend wurde die gute Zusammenarbeit von Land und Kommunen in unterschiedlichen Bereichen herausgearbeitet, um die Digitalisierung der Verwaltung zielgerichtet voranzutreiben. Auch das BMI würdigte die kommunalen Aktivitäten: Die kommunalen Erfolge und positiven Erfahrungen, die dabei gesammelt wurden, müssen – so Staatssekretär Klaus Vitt, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik - genutzt werden, die Online-Angebote der öffentlichen Verwaltung attraktiver und einfacher zugänglich zu machen. Das BMI kündigte an, dass der Bund das Rad nicht neu erfinden wird, um schnelle, Ebenen übergreifende und nachhaltige Angebote für den Bürger zu erzeugen. Vielmehr sollen bereits bestehende Portale und Angebote auf kommunaler und Landesebene genutzt werden.

› Die letzte Regionalkonferenz im Jahr 2016 richteten Vitako, die Landeshauptstadt **Saarbrücken**, der Zweckverband eGo-Saar und die Staatskanzlei aus. Im Zentrum der Beratungen stand die Digitalisierungsstrategie des Saarlands und die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen, die besonders dort, wo viele kleinere Kommunen den digitalen Wandel gestalten müssen, von Bedeutung ist: „Nur gemeinsam sind wir stark“ – so das Credo der Oberbürgermeisterin der Stadt Saarbrücken, des stellvertretenden CIO des Landes und aller Referenten. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit beim Breitbandausbau genauso wie bei der immer komplexeren Erledigung kommunaler Aufgaben in digitalen Umgebungen. Wichtige Themen waren zudem die Chancen der Digitalisierung im ländlichen Raum, erste Erfahrungen der Landeshauptstadt mit freiem W-LAN und die Gewährleistung von IT-Sicherheit auch durch die Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen. Eine Folgeveranstaltung wurde bereits am Ende der Konferenz angedacht.

## **Basisziele Vernetzung und Sicherheit**

Deutlich wurde auf allen Regionalkonferenzen, dass neben dem Breitbandausbau die bessere horizontale und vertikale Vernetzung zwischen Bund, Land und Kommunen wichtig ist. Betont wurde zudem immer die besondere Verantwortung von Politik und Verwaltung dafür, Sicherheit sowie freies und selbstbestimmtes Handeln in digitalen Räumen zu garantieren und damit das Vertrauen aller Beteiligten in die Digitalisierung zu fördern.

Von zentraler Bedeutung sind für Kommunen Erprobungsräume und Experimentierklauseln, in denen die vielen, teils neuen Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft die Digitalisierung voranbringen können. Innovation entsteht nur dort, wo Erfahrungen ausgetauscht werden und voneinander gelernt wird. Experimentierklauseln ermöglichen es, auch Fehler machen zu können und damit Raum für schnelle Lösungen zu gewinnen. Auf die richtige Mischung aus Mut und Pragmatismus kommt es an. Manchmal müssen Ideen den existierenden Regelwerken entsprechen, immer häufiger sind es aber auch die Regeln, die an die Entwicklungen angepasst werden müssen. Deutschland verdankt seinen Platz im Mittelfeld des europäischen E-Government-Rankings zu einem Teil auch der Akribie und der mangelnden Beweglichkeit seiner öffentlichen Verwaltung und Gesetzgebung.

## **Anmerkungen zur Umsetzung**

Die Gestaltung des digitalen Wandels erfordert eine enge Vernetzung zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – horizontal in den Regionen, vertikal zwischen Kommunen, Land und Bund. Vernetzung erfordert ein Miteinander auf Augenhöhe und Respekt vor der Kompetenz der anderen, denn jeder Partner soll seine Kernkompetenzen bestmöglich einbringen. Eine digitale Agenda zu entwickeln und umzusetzen heißt: das Wissen, das Wollen und die Tatkraft vieler Menschen und Organisationen zusammenführen.

Auf den Regionalkonferenzen hat sich gezeigt, dass die Gestaltung des digitalen Wandels auch einen mentalen Wandel erfordert: Vom Nebeneinander zum Miteinander, vom hierarchischen Denken zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller Stakeholder. Politik und Verwaltung müssen ein neues Rollenverständnis einüben: Vom Macher und Produzenten zum Moderator, Coach und Regisseur. Viele Kommunen haben dies erkannt: Neue Wege der Einbeziehung unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen sind erkennbar.

Insofern geht es bei der Entwicklung einer digitalen Agenda darum, „die Möglichkeiten zu organisieren“. Am Anfang sollte ein klares Bekenntnis von Verwaltungsspitze und Politik stehen. Sie müssen die Richtung bestimmen und die Möglichkeiten, Chancen und Risiken der Digitalisierung für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, das gesamte Gemeinwesen aufzeigen. Informationstechnik

sollte dort eingesetzt werden, wo die Lebens-, Standort- und Aufenthaltsqualität in der Kommune verbessert werden kann.

Des Weiteren müssen für die Entwicklung einer Digitalen Agenda Bündnispartner vor Ort, in der Region und beim Land gefunden werden. Es gilt, die Akteure zusammenzuführen. Wie und mit welchen Beteiligten man eine lokale oder regionale digitale Agenda entwickeln kann, ist regional unterschiedlich. Das Wissen über Gemeinwesen und Digitalisierungschancen ist breit verteilt und sehr spezifisch, das heißt, man weiß im Vorhinein nicht, wer die besten Lösungsansätze hat. Daher braucht eine wirkungsvolle digitale Agenda, die in der Umsetzung möglichst viele mittragen und mit realisieren, auch viele Partner. In jedem Fall sollten die kommunalen IT-Dienstleister als Berater und Impulsgeber beteiligt sein. Hierüber herrscht Einigkeit: Die digitale Agenda kann keinesfalls nur das Ergebnis einiger Internet-Enthusiasten in der Verwaltung sein!

### **Empfehlungen zum Vorgehen**

Politik und Verwaltung sollten zuallererst eine Bestandsaufnahme vornehmen: Welche Fragen drängen am meisten? Wo haben wir die größten Probleme? Hilfreich kann es sein, die inzwischen deutlichen Handlungsfelder der Digitalisierung zu nutzen, um eigene Schwerpunkte zu setzen. Heraus kristallisiert haben sich auf den Regionalkonferenzen die Felder: Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung und Politik, Verkehr, Gesundheit und Pflege, Mobilität und Logistik, Integration von Geflüchteten.

In einem weiteren Schritt muss geklärt werden, ob die Digitalisierung tatsächlich zur Lösung beitragen kann. Spätestens hier sollten die IT-Dienstleister einbezogen werden, die mit ihrer Nähe zur Kommune und ihrer Digitalisierungsexpertise die Entwicklung sehr befruchten können. Noch eins: die Treiber sollten sich nicht zu lange mit dem Verfassen von komplexen Konzeptpapieren aufhalten, sondern kurz und knapp die priorisierten Handlungsfelder beschreiben und konkrete Projekte definieren. Dies hält den Energiepegel hoch – und erste Erfolge können schon bald gefeiert werden. Credo aller Beteiligten muss sein: „Einfacher denken, einfacher machen, einfach machen!“

### **Schlussbemerkung**

Die Regionalkonferenzen „Digitale Agenda für Kommunen und Regionen“ sind Teil der Plattform „Digitale Verwaltung und öffentliche IT“ des Nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Kölner Stadtdirektors Guido Kahlen. Gemeinsame Ausrichter sind die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister – Vitako und ihre Mitgliedsunternehmen. Ziel ist es, der kommunalen Stimme auf Bundesebene und gegenüber der Wirtschaft Gehör zu verschaffen.

**Übersicht der Regionalkonferenzen zum Nationalen IT-Gipfel mit der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister (Vitako):**

30.09.2015 Stuttgart  
08.10.2015 Delmenhorst  
19.10.2015 Köln  
02.12.2015 Frankenthal  
27.01.2016 Kiel  
13.04.2016 Brehna  
07.09.2016 Schwerte  
18.10.2016 München  
02.11.2016 Saarbrücken

Berlin, 7. November 2016

Guido Kahlen, Stadt Köln

Dr. Marianne Wulff, Vitako